Senioren Vertretung Bremen

DURCHBLICK

für Seniorinnen und Senioren

Nr. 217

Februar 2018

BAGSO – Fachkommission Gesundheit und Pflege

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen BAGSO ist der Dachverband von mehr als 100 Organisationen, die sich mit Fragen des Alterns befassen. Da interessiert schon, womit sich diese Organisation genauer beschäftigt. Hier ein Beispiel: die Fachkommission Gesundheit und Pflege. In ihr arbeiten auch die Landesseniorenvertretungen mit. **(mehr auf Seite 2)**

Zur Digitalisierung

Digitalisierung zählt gegenwärtig zu den großen aktuellen Themen. Dieser technische Prozess lässt sich nicht aufhalten, was einerseits auch aus Sicht vieler Lebensbereiche sinnvoll erscheint, anderseits jedoch Probleme aufwirft. Dazu werden sicher in den nächsten Ausgaben des DURCHBLICK weitere Beiträge erscheinen. Die Redaktion erhofft sich eine rege Diskussion, die zu einem sinnvollen Umgang mit der Digitalisierung, insbesondere die Schwierigkeiten im Alter betreffend, beitragen könnte. Den Einstieg macht eine kritische Betrachtung. **(mehr auf Seite 3)**

„Hatschi!“ - „Gesundheit!“

Die Glosse beschäftigt sich mit der jahreszeitlich bedingten Influenza-Infektionsgefahr und den Chancen, ihr zu entgehen. **(mehr auf Seite 4**

„Die kriegen alles, wir nichts!“

Das ist eine Stammtischparole zum Flüchtlingsproblem, die jede Realität verfälscht und der man vehement entgegentreten sollte. **(mehr auf Seite 5)**

Bundesteilhabegesetz

Im Dezember 2016 haben Bundestag und Bundesrat das Bundesteilhabegesetz (BTHG) beschlossen, das in mehreren Stufen in Kraft tritt. Das vorliegende Interview versucht, Details zu dessen Umsetzung in Bremen zu erkunden. **(mehr auf Seite 5)**

Vor fünfzig Jahren

Damals wuchs die sogenannte 68er Generation heran, die in Bremen mit den „Straßenbahnunruhen“ die Zeit eines gesellschaftlichen Umschwungs einleitete. Sie gehört heute zur Seniorengeneration. Das Focke-Museum erinnert in einer Ausstellung daran. **(mehr auf Seite 7)**

(**Foto:** Gerd Feller)

En jecke Jong

O wär im Februar doch auch,
Wie's ander Orten ist der Brauch,
Bei uns die Narrheit zünftig!
Denn wer, so lang das Jahr sich mißt,
Nicht einmal herzlich närrisch ist,
Wie wäre der zu andrer Frist
Wohl jemals ganz vernünftig.

Theodor Storm (1817 - 1888)

Beirätegesetz

Es sieht so aus, als hätte die Bremer Seniorenvertretung mit der Forderung Erfolg, dass die örtlichen Seniorenvertreter/innen in den Ortsbeiräten zukünftig zur Klärung seniorenpolitischer Angelegenheiten Stellung beziehen können. **(mehr auf Seite 7)**

Inhalt

Bericht aus der BAGSO	S.2
Bankfiliale – ein Auslaufmodell	S.2
Totale Digitalisierung – ein Träumchen	S.3
“Hatschi!“- „Gesundheit!“	S.4
Zu einer Stammtischparole	S.5
Interview zum Bundesteilhabegesetz	S.5
Beweglichkeit und Fitness im Alter	S.6
Vor fünfzig Jahren – Ausstellung Focke-Museum	S.7
Sitzung zum Beirätegesetz	S.7
Thema ZOB noch nicht abgehakt	S.8
Türkçe informasyonlar	S.9

Bericht aus der BAGSO

Seit längerer Zeit ist Dr. Martin Theisohn, Seniorenvertreter der Stadt Köln und Mitglied des Vorstands der LSV NRW, von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landes-seniorenvertretungen (BAG LSV) mit der Aufgabe betraut, für die Landesseniorenvertretungen in der BAGSO-Fachkommission „Gesundheit und Pflege“ mitzuarbeiten. Anfang Januar 2018 erschien sein Bericht über diese Tätigkeit im vergangenen Jahr.

Fachkommission „Gesundheit und Pflege“ der BAGSO

Dr. Martin Theisohn

Die Fachkommission hat ein Papier „Weiterentwicklung der Pflege“ publiziert. Die Positionen der BAG LSV wurden weitgehend übernommen: Selbstbestimmung, Reduktion der freiheitsentziehenden Maßnahmen, Intensivierung der Ausbildung durch ein Umlagesystem, Wertschätzung der Arbeit und angemessene Bezahlung.

In den Sitzungen in 2017 wurden u.a. folgende Themen besprochen:

- Möglichkeiten und Aufgaben von Kommunen bei der Entwicklung von gesundheitsfördernden Quartieren. Hier wurde besonders auf die Notwendigkeit des „Stadtteilkümmerers“ hingewiesen, wie in NRW seit langem gefordert.
- Der Wandel im Pflegestärkungsgesetz II von Pflegestufe zu Pflegegrad wurde begrüßt, aber auch die Finanzierung höherer Personalausgaben in Pflegeheimen gefordert.
- Beim Pflegestärkungsgesetz III wurde kritisch angemerkt, dass die Rolle der Kommunen bei der Organisation der ambulanten und stationären Pflegestruktur nicht ausreichend gestärkt wird. Außerdem gebe es eine Konkurrenz zwischen Pflege und Wiedereingliederung zu Ungunsten der Wiedereingliederung, so dass die soziale Teilhabe der Betroffenen stark verschlechtert wird.
- Gewalt in der Pflege und Freiheit entziehende Maßnahmen
- Verschiedene Fachkommissionen haben ein Papier „Kommunale Politik für ältere Menschen“ erstellt, in dem Altenpolitik als Pflichtaufgabe für die Kommunen gefordert wird. Diese werden spezielles Personal zur Erfüllung der Aufgabe benötigen.
- Förderung von demenzkranken Menschen. Ziel sollte hier sein, demenzfreundliche Quartiere zu entwickeln für einen respektvollen und hilfreichen Umgang mit den Erkrankten.
- Mit Hilfe von Prof.Rothgang (Bremen) wurde auch über die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung nachgedacht. Ergebnis: Sie müsste weg kommen von der Verteilung von Zuschüssen entsprechend dem Pflegegrad hin zu einer Volllkostenübernahme, ggf. sollte davon der Pflegebedürftige einen bestimmten und versicherbaren Teilbetrag übernehmen. Damit hätten die Pflegekassen endlich ein Interesse an der Kostenbegrenzung für die Versicherten und an einer guten Qualität der Einrichtungsträger.

Die BAG LSV sollte stets auf die Mitarbeit in dieser Fachkommission Wert legen, da sie viele Informationen und Anregungen liefert.

Bankfiliale – ein Auslaufmodell?

Gerd Feller

An der ehemaligen Sparkassenfiliale in der Kopernikusstraße (Bremen-Horn-Lehe) wird umgebaut. Nachdem sie Anfang des letzten Jahres geschlossen wurde, blieb für die Kunden nur ein kleiner Automatenraum übrig, der aber bei aller Enge vor allem älteren und körperlich behinderten Menschen erheblich weitere Wege für die wöchentlichen Geldgeschäfte erspart. Nun soll in die ehemaligen Sparkassenräume eine Bäckerei mit kleinem Café einziehen. Es hält sich das Gerücht, dass damit auch der Automatenraum verlorengeht, trotz anders lautender Aussagen von Sparkassenvertretern auf den Ortsbeiratssitzungen vor einem Jahr.

Wenn man daran denkt, dass die Sparkasse an der Horner Mühle eine Filiale mit „Wohnzimmercharakter“ baut und dieses Projekt für ziemlich modern hält, hätte sie ja eigentlich mal mit dem Bäcker über die Ausstattung des kleinen Cafés mit Bankautomaten verhandeln können. Das wäre doch ein tolles Ambiente, das den Interessen aller Beteiligten entgegen gekommen wäre. Eben mal ein Käffchen trinken, nachdem die Überweisung oder Abhebung reibungslos geklappt hat, und dann noch Brot oder Brötchen mitnehmen. Bäcker, Bank und Bankkunde könnten zufrieden sein.

Aber, liebe Leute, es gibt einen Lichtblick. Um Bargeld abzuheben, braucht man zukünftig nicht 2,5 km nach Horn oder Borgfeld zu laufen. Die dem Café benachbarte Apotheke zahlt auf EC-Karte Bargeld aus, ebenso der 100m weiter entfernte Supermarkt REWE. Und Überweisungen kann man sammeln und dann einmal im Monat nach Borgfeld oder Horn fahren, wo noch Automaten stehen. Wozu brauchen wir dann noch eine Filiale der Sparkasse? Bei weiterer Digitalisierung ist es sogar denkbar, dass die Banken und damit auch die Sparkasse ganz überflüssig werden. Wie es dabei älteren und körperlich behinderten Menschen geht, bleibt noch zu klären.

Totale Digitalisierung bleibt wohl ein Träumchen!

Gerd Feller

(Archivbild)

Wie man hört, ist Deutschland im Fach Digitalisierung noch nicht Klassenprimus. Aber die Politik versichert, man wolle alles tun, um den Anschluss an andere Länder herzustellen. Sicher ist, dass sich weitere Digitalisierung nicht aufhalten lässt, aber es gibt schon jetzt Vorstellungen über die Nutzung dieses Prozesses, die an der Realität vorbeigehen. Das betrifft vor allem die älteren Menschen in unserem Land.

Es wird häufig behauptet, zuletzt von der Bremer Sparkasse, dass die nachwachsende ältere Generation spätestens in fünf Jahren keine Probleme mehr mit digitalisierten Geldgeschäften habe, weil dann alle den professionellen Umgang mit der PC - Hard- und Software beherrschen. Das wäre zwar für die Rationalisierer wünschenswert, bleibt aber wahrscheinlich nur ein Träumchen.

Man kann vielleicht alles digitalisieren, aber eins wird man vorläufig wohl noch lange nicht können, nämlich den Prozess des Alterns mit allen seinen Kriterien zu verhindern. Das Altern mag zukünftig später als vor 50 Jahren eintreten, aber ausschalten lässt es sich nicht. Selbst dann, wenn man sich einfrieren ließe, dürfte man davon ausgehen, dass nach dem Auftauen auch das Altern wieder einsetzt. Und damit ist und bleibt das Altern eine bittere Realität und ein Problem in einer digitalisierten Welt.

Es gibt schon heute viele ältere Menschen, die bereits seit den Anfängen der Computerisierung in diesem Bereich mitgearbeitet haben, also von der Materie einiges verstehen. Trotzdem beklagen sie, dass ihre Schwierigkeiten beim Umgang mit PC, Internet und all diesem Digitalkram zunehmen, und zwar eben aus Altersgründen.

Da macht sich z.B. das kleine oder auch das große Vergessen bemerkbar (vgl. DURCHBLICK Nr.216). Programmteile ändern sich laufend, so dass man sich über ständige Fortbildung anpassen müsste. Gebrauchsanweisungen sind meistens nur für junge Profis verständlich, und selbst dann, wenn man sich für die Nutzung der digitalen Möglichkeiten einen Zettelkasten anlegt, verliert man im Alter leicht die Übersicht. Und wer möchte nach einem langen lern- und arbeitsreichen Leben auch noch im Ruhestand ständig Fortbildung betreiben, wissend, dass Lernen im Alter oft wenig nachhaltig ist?

Da tauchen ernstzunehmende Schwierigkeiten mit den Augen oder auch mit den Gelenken auf. Die Digitalisierung erzwingt ja nicht nur die Arbeit am Bildschirm, sondern fordert auch mehr Bewegung von Fingern und von Beinen. Oft quält die Arthrose, und aus Gründen der Rationalisierung und Digitalisierung werden in Wohnquartieren naheliegende Versorgungs-standorte aufgelöst. Es entstehen längere, oft auch kostspieligere Wege. Man denke nur an den Internethandel, den Abbau der Bankfilialen und das Verteilungssystem der Postdienste. Von all dem fühlt man sich immer häufiger nur noch veralbert und irregeführt.

Da zeigt sich immer häufiger die natürliche Ungeduld des Alters. Die Abwehr gegen den anwachsenden Zeitaufwand bei der Bedienung eines digitalen Systems nimmt zu. Außerdem müssen sich die Nutzer/innen inzwischen mit einem Werbemüllberg herumschlagen, der teils auch irritierende Aussagen über die Sicherheit des eigenen PCs enthält und auf lästige Art Sicherheitsangebote aufdrängt. Ärgerlich, zeitaufwändig, demotivierend! Die Unlust, sich überhaupt auf den PC oder auf Automaten einzulassen, wächst mit zunehmender Digitalisierung.

Da gibt es im Zusammenhang mit Digitalisierung auch immer häufiger Suchtopfer in allen Altersstufen, die man sicher nicht heilt, indem man sie weiter der Digitalwelt ausliefert.

Es baut sich allmählich allgemein Angst vor der Digitalisierung auf, vor allem auch bei denjenigen, die sich auf dem Gebiet nicht nur mental, sondern auch finanziell unzureichend engagieren können. Zu den Macken des Alterns gesellen sich oft prekäre Arbeitsverhältnisse und niedrige Renten. Da werden dann Menschen abgehängt. Die Armen und Alten könnten die Verlierer des Digitalisierungstrends werden.

Dass insbesondere die Alten in Zukunft den Digitalisierungsprozess problemlos bewältigen, das wird eben ein Träumchen bleiben. Die Seniorenvertretungen sollten die Entwicklung aufmerksam verfolgen und gegen die Lobby der Digitalisierung antreten, wenn sich Nachteile für ihre eigene Klientel einstellen. Dazu gehört auch, dass die Informationswege für ältere Menschen nicht total digitalisiert werden, sondern Formen von Printmedien gesichert bleiben. Alles andere wäre der Altersdiskriminierung zuzuordnen.

(Archivbild)

"*Hatschi*"! – "*Gesundheit!*"

Dr.Dirk Mittermeier

Nach zehn Jahren wird die Debatte darüber, ob der Gesundheits-Wunsch dem Niesenden gegenüber zeitgemäß ist oder nicht, mit der Aufhebung des Verbots, Gesundheit zu wünschen, durch die Experten für gutes Benehmen, nämlich durch die Knigge-Gesellschaft entschieden. Hurra! Für mich gehört es sich so! Was natürlich bei einem Heuschnupfen-Leidenden mit Nies-Attacken bis zu 30mal (selbst erlebt!) dann für den Gesundheit-Wünschenden doch etwas ermüdend sein kann. Reagiert man nicht oder wendet man sich beim quälenden oder erlösenden Niesen eines anderen einfach ab, hat das etwas von "Muss das sein?" und "Kann er/sie sich nicht beherrschen?", was leicht für den Niesenden als beleidigend wirken könnte.

Außerdem begegnen wir in dieser Jahreszeit zunehmend den "Handschlagverweigerern", die mit einem dogmatischen "Ich gebe keine Hand mehr!" zur Begrüßung auf den Tisch klopfen oder andere Begrüßungsgesten anwenden. So befremdlich das Gefühl ist, dass eine ausgestreckte Hand ignoriert wird und man sie unverrichteter Dinge wieder zurück ziehen muss, so sinnvoll erscheint diese Maßnahme aus hygienischer Sicht für beide Begrüßungs-Partner. Hauptübertragungsquelle sind nun einmal die Hände.

In den öffentlichen Verkehrsmitteln kann täglich beobachtet werden, wie in die Innenflächen von rechten und linken Händen geniest und gehustet wird. Allerdings reicht dabei eine Verweigerung des Handschlags als Vorsichtsmaßnahme gegen eine Keimübertragung nicht aus: Nieser und Huster klammern sich anschließend an den Plastik-Haltegriffen fest, bedienen die Türöffner und hinterlassen für Nachfolgende einen infektiösen Hand- und Fingerabdruck. Auch das enge Beieinander in Bus und Bahn sind für eine Ansteckung förderlich. Würden wir Bakterien und Viren mit unseren Augen wahrnehmen können, wir würden zweifellos geschockt sein und wahrscheinlich zumindest vorübergehend das Haus nicht mehr verlassen.

Dabei wäre mit geringem Aufwand mehr Sicherheit gegeben: Niesen in die Armbeuge, Tragen von Handschuhen, Maßnahmen zur Immunstärkung (Bewegung in der frischen Luft, Sauna, viel Vitamin C), häufiges Händewaschen mit Seife, Händedesinfektion. Das Tragen eines Mundschutzes wäre zwar nützlich (zuhause, in der Familie), aber in der Öffentlichkeit eher aufsehenerregend (Sitzplatzgarantie?).

Eine Erkältung muss man durchstehen, eine Impfung dagegen gibt es nicht. Es gibt, siehe Werbung, besonders für die schwerwiegende "Männererkältung" u.a. nur den qualvollen Ruf nach "Mama!" Mit einer durch Viren ausgelösten Grippe oder Influenza sieht das ganz anders aus. Hier ist die Impfung möglich, ggf. sogar Pflicht. Müßig zu betonen, dass ältere Menschen mit einer verminderten Immunabwehr und mit chronischen Erkrankungen zu der besonders gefährdeten Gruppe gehören. (Die Ständige Impfkommission "StiKo" empfiehlt die Influenza-Impfung für alle Menschen über 60!)

Aber bitte glauben Sie nicht, dass mit dem Jahreswechsel die Erkältungs- und Grippegefahr schon vorbei ist: Den Höhepunkt von Erkrankungen aus diesem Bereich haben wir – wie in jedem Jahr – nach Aussagen der Medizinwissenschaftler erst ab Januar und mit dem Zenit im Februar noch vor uns! Und glauben Sie ja nicht, dass Sie mit dem Piks der Schutzimpfung aus dem Risiko einer Influenza heraus sind! Ursache ist, dass dem in einem halbjährigen Entwicklungsverfahren im Frühjahr für die kommende Impfsaison hergestellte Impfstoff das Erregerspektrum des Vorjahres zugrunde gelegt wird. Dieses verändert sich jedoch von Jahr zu Jahr. Deshalb betrug der Schutz für die Geimpften in der Winterzeit 2016/2017 lediglich 40 % (nur 15% in der Saison davor), und für Senioren wird er sogar eher noch geringer geschätzt, er gewährt somit keine Vollkasko-Versicherung! Ingesamt nur bis zu 25% aller Deutschen lassen sich gegen Influenza impfen, das Robert-Koch-Institut erwartet, dass das Ziel der Weltgesundheitsorganisation (WHO), mit einer 75%igen Impfbereitschaft von älteren Menschen in Deutschland sobald nicht zu erreichen ist.

Also muss man es halten, wie schon Heinz Erhardt es sah: "Leute hütet euch vor diesen, die da husten, wenn sie niesen"! Also "Px", wie der Bayer sagt: "Pleibens xsund!"

„Die kriegen alles, wir nichts!“

Dr.Andreas Weichelt

(Archivbild)

Dieser Stammtischparole über die finanzielle Ausstattung von Flüchtlingen gilt es auf den Grund zu gehen; und zwar im Vergleich der Leistungen aus SGB II und Asylbewerbergesetz.

Beide Hilfssysteme müssen ein menschenwürdiges Existenzminimum für beide Gruppen gewährleisten. Für Hilfsbedürftige, die sich länger oder dauerhaft in Deutschland aufhalten, beträgt der monatliche Pauschalbetrag € 409. Bei Flüchtlingen dagegen wegen anderer Leistungen lediglich € 354. Gleichlautende Leistungen gibt es für beide Gruppen für nachgewiesene Meldebedarfe (z.B. Schwangerschaft). Ebenso für Heizung und Unterkunft, für die einmalige Ausstattung der Wohnung und für die Teilhabe am kulturellen Leben. Beim Krankenversicherungsschutz bestehen kaum Unterschiede, da beide Gruppen eine Gesundheitskarte haben.

Flüchtlinge erhalten eine Versorgung mit Medikamenten und für eine ärztliche Behandlung und haben einen angemessenen Anteil bei medizinisch gebotenen Vorsorgeuntersuchungen.

Unterschiede gibt es bei der Bereitstellung von Wohnraum. Bei Flüchtlingen mit einem zu erwartenden gesicherten Aufenthalt sind eine Unterstützung durch Wohnraumberater und der Zugriff auf ein Kontingent von 30 Wohnungen monatlich gegeben. Die Beratung von Einheimischen erfolgt vom Amt für Soziale Dienste und wird in Kooperation mit der GEWOBA (3 Wohnungen per Monat) durchgeführt. Die Verfahren gestalten sich schwierig.

Wie man sieht, sind die Unterschiede – außer bei der Wohnraumbeschaffung – nicht erheblich. Für Stammtischparolen gibt es also keinen Platz.

Interview zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Bremen

Henry Spradau

(Foto: SoVD Bremen)
v.l.: Dr. Petra Kodré, Henry Spradau

Im Dezember 2016 haben Bundestag und Bundesrat das Bundesteilhabegesetz (BTHG) beschlossen, das in mehreren Stufen in Kraft tritt. Geregelt ist darin u.a. die Herauslösung der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen aus dem Sozialhilferecht und die Einpassung in das Rehabilitations- und Teilhaberecht nach dem Neunten Buch des Sozialgesetzbuches (SGB IX). Über dessen Umsetzung im Land Bremen befragte der Sprecher des Sozialpolitischen Ausschusses beim SoVD-Landesvorstand Bremen, Henry Spradau, die zuständige Abteilungsleiterin bei der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, Frau Dr. Petra Kodré.

Welche Ziele werden mit dem BTHG verfolgt?

Das BTHG will einen weiteren wesentlichen Schritt zur Umsetzung der UN-Behindertenrechts-Konvention gehen. Im Sinne einer inklusiven Gesellschaft werden neue Rechtsbegriffe eingeführt. Besonders hervorheben möchte ich, dass mit dem BTHG die individuelle Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen verbessert und die berufliche Teilhabe auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt gestärkt werden.

Welche Leistungsverbesserungen wird es geben?

Zum 1.1.2020 wird die Eingliederungshilfe aus dem Sozialhilfesystem in das Rehabilitations- und Teilhaberecht des SGB IX überführt. Die Bedarfsermittlung und die Leistungserbringung werden personenzentriert ausgerichtet. Der Mensch mit Behinderungen wird aktiv in das Gesamtplanverfahren einbezogen und das Wunsch- und Wahlrecht wird durch das BTHG stärker betont. Die Bedarfsermittlung und -feststellung ist fester Bestandteil der Gesamtplanung und sieht künftig den Einsatz von Instrumenten auf der Grundlage der Internationalen Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (ICF) vor. Mit den neuen Regelungen zum Einkommens- und Vermögenseinsatz für die Eingliederungshilfe verbessert sich die finanzielle Situation der Menschen mit Behinderungen ab 2020 erheblich.

Welche Änderungen gibt es für Leistungsbezieher nach dem SGB XII?

Erste Verbesserungen beim Einkommens- und Vermögenseinsatz gelten bereits seit dem 1.1.2017. Für Beschäftigte in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) erhöhte sich das Arbeitsförderungsgeld von € 26 auf € 52 mtl. Dieser Betrag ist bei Leistungen nach dem SGB XII (Sozialhilfe) anrechnungsfrei. Zum gleichen Zeitpunkt wurde der Absetzungsbetrag vom Einkommen WfbM-Beschäftigter angehoben, so dass durchschnittlich € 35 weniger vom Werkstatteinkommen auf Leistungen nach dem 3./4. Kapitel SGB XII angerechnet werden. Für erwerbstätige Bezieher von Hilfe zur Pflege oder Eingliederungshilfe wurde ebenfalls ein Absetzbetrag eingeführt. Insgesamt ergibt sich also eine spürbare Einkommensverbesserung für erwerbstätige Menschen mit Behinderungen.
Leistungsberechtigten der Eingliederungshilfe kommt seit dem 1.1.2017 ein zusätzlicher Vermögenschonbetrag von € 25.000 zugute, der für eine angemessene Lebensführung und den Aufbau einer Alterssicherung bestimmt ist. Der allgemeine Vermögensschonbetrag bei allen Leistungen nach dem SGB XII beläuft sich ab 1.4.2017 auf € 5.000 zuzüglich € 500 für jede überwiegend unterhaltene Person.

Welchen Stellen sind in Bremen zuständig? Gibt es Änderungen?

Die Menschen mit Behinderungen können sich weiterhin an die ihnen bekannten Stellen wenden. Für die rechtliche Umsetzung des umfangreichen Regelwerkes sind die Träger der Eingliederungshilfe formal neu zu bestimmen. Derzeit ist beabsichtigt, das Land Bremen als überörtlichen Träger der Eingliederungshilfe zu bestimmen und mit allen Aufgaben der Vertragsverhandlungen, Erstellung von Rahmenrichtlinien und Grundsatzplanungen zu betrauen. Die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven werden voraussichtlich örtliche Träger der Eingliederungshilfe und haben die Aufgaben der Gewährleistung aller notwendigen Hilfen.

Welche Änderungen sind zum 1.1.2018 in Kraft getreten?

Insbesondere wurden zum 1.1.2018 die Leistungen der Teilhabe am Arbeitsleben verbessert und die Regelungen zur Gesamtplanung gesetzlich konkretisiert. Außerdem wurde das Teilhabeplanverfahren zur Koordinierung der Leistungen mehrerer Rehabilitationsträger gesetzlich verankert. Für die Verwaltungspraxis wurde dazu eine Rahmenrichtlinie erlassen. Diese richtet sich an die beteiligten Ämter in Bremen und Bremerhaven; das sind im Wesentlichen das Amt für Soziale Dienste und das Gesundheitsamt in Bremen und das Sozialamt und das Gesundheitsamt in Bremerhaven. Die Bedarfsermittlung und -feststellung sieht den Einsatz neuer Instrumente und die Festschreibung in der Gesamtplanung vor. Wünsche der Leistungsberechtigten sind festzustellen. Die Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (ICF) ist Grundlage des neuen Verfahrens.

Welche weiteren Maßnahmen gibt es nach der neuen Rechtslage?

Der Gesetzgeber hat als neue Leistung die sog. „Erweiterte, unabhängige Teilhabeberatung - EUTB“ eingeführt. Damit soll ein allein den Ratsuchenden verpflichtetes, niedrigschwelliges und von Leistungsträgern und -erbringern unabhängiges Beratungsangebot eingerichtet werden. Die Beratung soll nach dem Peer-Prinzip stattfinden; d.h. Menschen mit Behinderung werden ausschließlich durch Menschen mit Behinderung beraten. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales fördert dieses Vorhaben im Land Bremen in einem Volumen von insgesamt drei bis vier Vollzeitstellen.

Welche Änderungen gibt es im Bereich der Werkstätten für behinderte Menschen?

Neben den erwähnten finanziellen Verbesserungen haben in den Werkstätten besondere Frauenbeauftragte ihre Tätigkeit aufgenommen. Die Wahlen für 2018 sind bereits 2017 durchgeführt worden. Die notwendigen Schulungen finden im Februar 2018 statt. Künftig können auch andere Anbieter als die bisherigen Werkstätten Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben anbieten. Für diese anderen Anbieter werden fachliche Anforderungen entwickelt, um eine gute Qualität der Angebote sicher zu stellen. Eine formelle Anerkennung wie bei der WfbM ist rechtlich jedoch nicht vorgesehen. Schließlich wird das Budget für Arbeit, das es in Bremen schon seit 2015 als modellhafte Förderung gibt, auf gesicherte rechtliche Grundlagen gestellt. Damit wird dauerhaft eine Alternative auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zur Beschäftigung im Arbeitsbereich der WfbM angeboten.
(**Quelle:** mit Genehmigung der SoVD und der Interviewpartner)

Beweglichkeit und Fitness für ältere Menschen

Dr.Dirk Mittermeier

(**Foto:** Dirk Mittermeier)

Die Zusammenhänge von körperlicher Bewegung, dem Training der geistigen Beweglichkeit und der grundsätzlichen Anforderungen an die Ernährung zur allgemeinen Fitness im Alter und zur Demenzprophylaxe sind medizinwissenschaftlich belegt. Eine Schulung der stetig wachsenden Zahl älterer Menschen in Bremen im altersgerechten Ausdauer- und Kraftsport ist medizinisch wünschenswert. Dabei ist den sehr unterschiedlichen Möglichkeiten der sportlichen Betätigung in dieser Gruppe ausreichend Rechnung zu tragen. Fachleute können Anleitung zu selbstbestimmten sportlichen Aktivitäten für Einzelne oder Gruppen vermitteln. In verschiedenen Studios in Bremen werden spezielle Kurse für ältere Menschen angeboten.

In diesem Zusammenhang hat die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) eine Kartensammlung "Bewegung aktiv" herausgegeben. "Älter werden in Balance" ist das Motto, die Packung erinnert an eine Medikamentenschachtel. Auf 24 Karten werden Aktivitäten und Übungen für Seniorinnen und Senioren 60+ zur alltäglichen Anwendung beschrieben, die entsprechend der Aufschrift "glückssteigernd und fitnessfördernd" sein sollen. Besondere Gerätschaften und Sportkleidung sind nicht erforderlich. Ein amüsant geschriebener Beipackzettel beschreibt den Umgang mit dieser "Medizin". Interesse? Die Packung ist kostenlos bei der BZgA, auch in vielen Arztpraxen und Apotheken erhältlich.

"70 Pfennig, lieber renn ich!"
Protest gegen BSAG Preiserhöhung von 15% im Jahr 1968

Dr.Dirk Mittermeier

Noch bis zum 1.7.2018 kann im Focke-Museum die Ausstellung "Protest und Neuanfang, Bremen nach 68" besucht werden.

Berlin, Hamburg, Bremen...Für jede Stadt stehen Ereignisse, die die Protestbewegung der "68er" befeuert haben. In Bremen waren es die Fahrpreiserhöhungen der BSAG, die am 14.1.1968 wirksam wurden und die mit organisiertem Schülerprotest am 15.1.1968 beantwortet wurden. Sitzblockaden auf den Bahnschienen, die wiederum massives und unangemessenes Eingreifen der Ordnungskräfte zur Folge hatten ("Draufhauen, Draufhauen und Nachsetzen"). Der Protest hatte Erfolg: Die Erhöhung wurde zurückgenommen. Eine Protestaktion, die in eine Zeit fiel, in der es im außerparlamentarischen Bereich der Gesellschaft gärte. Geprägt hat diese Zeit alle, die damals dabei waren, bis heute. Die Bremer Schülerproteste reihten sich ein in bundesweite Protestaktionen mit dem Aufbegehren der Jugend gegen ein autoritäres Gesellschafts-System und wurde ein Startschuss für nachhaltige Reformen – auch in Bremen.

Was folgte, waren die APO-Proteste gegen den Vietnamkrieg und den US-Imperialismus, gegen soziale Ungerechtigkeit in Deutschland und gegen die politische Führung in der großen Koalition, später für eine Entspannungspolitik Willy Brandts, gegen Notstandsgesetze, Atomkraftwerke und NATO-Doppelbeschluss. Letztlich hat auch die Friedensbewegung vor 50 Jahren ihren Anfang genommen.

Das Begleitbuch zur Ausstellung dokumentiert aus verschiedenen Blickwinkeln die Geschehnisse in Bremen. Führungen durch die Ausstellung mit Zeitzeugen machen die speziellen Bremer Aspekte der regionalen Protestbewegung sehr lebendig.

(Archivbild)

Sitzung der Ortsamtsleitungen im Rathaus am 12.1.2018

Ernst Benthien

Auf Einladung der Senatskanzlei nahmen Dr. Andreas Weichelt und Ernst Benthien an dieser Sitzung teil, um Änderungswünsche der Bremer Seniorenvertretung zum Beirätegesetz zu erklären. Zum besseren Verständnis wurde unsere Resolution aus der Sitzung der Beirätevertreter/innen und der Flyer der Bremer Seniorenvertretung verteilt.

Der erste Tagesordnungspunkt war die Diskussion zum Thema „Beirätegesetz und die Stellung der Seniorenpolitik in den Beiräten“. Dr. Weichelt erläuterte die Forderungen der Bre-

mer Seniorenvertretung. Diese betreffen die Änderung der Überschrift im neuen Paragrafen 6, wo die Senioren in Zukunft explizit erscheinen sollen.

Beim zweiten Tagesordnungspunkt ging es um eine Einfügung im neuen Gesetzestext: „Bei Angelegenheit von besonderer seniorenpolitischer Bedeutung sind die Seniorenvertreter/innen in den Beiratssitzungen und Ausschüssen zu hören.“ Dabei geht es nicht um die Einmischung der Seniorenvertretung in den Beiräten, sondern es sollen die örtlich von den Beiräten gewählten Seniorenvertreter/innen gehört werden.

In der anschließenden lebhaften Aussprache wurden unterschiedliche Meinungen geäußert. Diese gingen von „Das ist doch selbstverständlich!“ bis „Wir werden darüber nachdenken.“ Von allen Ortsamtsleitungen bekamen wir jedoch die Bestätigung, dass in Zukunft eine ausdrückliche Benachrichtigung der örtlichen Seniorenvertreter/innen zu den Sitzungen der Beiräte und der Ausschüsse dann erfolgen, wenn seniorenpolitische Themen behandelt werden sollen. Dies kann, da die Ortsamtsleiter/innen an der Gesetzgebung nicht beteiligt sind, immerhin als Erfolg für die Seniorenvertretung verbucht werden.

Das Thema ZOB ist noch nicht abgehakt!

Gerd Feller

Es ist erfreulich, dass endlich die Grundstücksfragen und damit die Standortwahl des zukünftigen Bremer Zentralomnibusbahnhofs in Nähe des Hauptbahnhofs hinter dem ehemaligen Fruchthof geklärt sind. Die Grundstückseigner sollen sich, Pressemeldungen zufolge, mit der Stadt geeinigt haben, und die ersten Vorschläge für die Gestaltung eines immer noch recht zentral liegenden ZOB liegen auf dem Tisch.

Man könnte meinen, damit seien für die Bremer Seniorenvertretung die langjährigen Bemühungen um den ZOB zu Ende. Das ist aber keineswegs der Fall. Bei der Gestaltung des Projekts kommt es nun darauf an, dafür zu sorgen, dass der ZOB alters- und behindertengerecht gebaut wird. Es geht dabei um barrierefreie Einstieg- und Ausstiegmöglichkeiten, insbesondere für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen und Gehhilfen und um barrierefreie Zugänge zu den infrastrukturellen Einrichtungen (Toiletten, Gastronomie, Fahrkartenschalter, etc.). Außerdem sollte das geplante Hotel eine ausreichende Anzahl barrierefreier Zimmer aufweisen.

Besonderes Interesse sollte auch den Zuwegungen zwischen dem Hauptbahnhof, den Haltestellen der BSAG und dem neuen ZOB gelten. Sie müssten ebenfalls barrierefrei, verkehrssicher und möglichst wetterfest ausgebaut und beschildert werden, damit alle umsteigenden Passagiere die unterschiedlichen Verkehrsträger ohne Einschränkungen – auch im Eilfall – erreichen können.

Die Bremer Seniorenvertretung wird sich deshalb bemühen, in die Detailplanung rechtzeitig einbezogen zu werden.

Zur Erinnerung – Nicht vergessen!

Aktivoli
Die Bremer Freiwilligenbörse

Am **18. Februar 2018** ist es wieder so weit: Die Freiwilligenbörse Aktivoli öffnet ihre Tore für alle Bremerinnen und Bremer, die ein freiwilliges Engagement übernehmen wollen. Im **Rathaus** präsentieren an diesem Tag 60 Organisationen und Vereine **von 11 bis 17 Uhr** ihre Engagement-Angebote – vom Jugendtheater über die Flüchtlingsinitiative bis zu den Suppenengeln, vom Altenstift bis zur Zirkusschule.

Impressum
Landesseniorenvertretung Bremen
Tivoli-Hochhaus, 4.Etage, Z.14,
Bahnhofsplatz 29, 28195 Bremen,
Tel.: (0421) 3 61 67 69
Seniorenvertretung@soziales.bremen.de
www. Seniorenlotse.bremen.de/seniorenvertretung

Der **DURCHBLICK** ist das Mitteilungsblatt der Seniorenvertretungen im Lande Bremen
Redaktionsteam, Tel: (0421) 3 61 67 69
E-Mail:gerd.h.feller@nord-com.net

Der **DURCHBLICK** erscheint monatlich auch im Internet unter:
www.seniorenlotse.bremen.de/seniorenvertretung/Durchblick

Redaktionsschluss: Jeweils der 1. des Monats, der dem nächsten Erscheinungstermin vorausgeht.
Ausgabe 217

Merkez otobüs terminalinden (ZOB) yeni haberler

Gerd Feller

Bremen'deki yeni merkez otobüs terminali hikayesi, en son Eylül ayında basında yorumlandığı gibi, bölgesel ve civar bölge otobüs yolcuları bilhassa yaşlılar için gülünülecek değil bilakis üzülünecek trajedik bir durum. 2002 yılından bu yana, Bremen Yaşlılar Temsilciliği Breitenweg ve Hugo-Schauinsland-Platz'daki acil durum çözümünün ortadan kaldırılması için pek çok alternatif önerilerde bulundu. Son olarak, Bremen Eyalet Engelliler Temsilcisi ile de görüşülerek 08.11.17 tarihli bir yazı ile sorumlu Senatör, Dr.Joachim Lohse'den (Bündnis 90/Die Grünen) otobüs yolcularının güncel gereksimleri yanı sıra, Bremen şehrinin imajının da dikkate alınması ve bir çözüm bulunması istendi.

Senatör'ün cevabı 04.12.17 tarihinde bize ulaştı. Senatör, ''Yeni bir şehirlerarası otobüs terminalinin ulaşım ve kentsel kalkınma için büyük önem taşıdığı'' nı belirterek bizim görüşümüzü açıkça paylaşmaktadır. Bu nedenle onun bölümü aylardan beri bu proje ile ilgili olarak yoğun bir şekilde çalışıyor. Gelecekteki merkez otobüs terminali için öngörülen yer olarak eski yük istasyonu civarı incelendi. ''Sonuç olarak eski Fruchthof arkasındaki alanın üzerinde çalışılabilecek.'' Bunun için önceden mülkiyet sahipleri ile de görüşülerek, kentsel kalkınma kapsamında otobüs terminali otel ve park alanı ile kombine edilebilir. Bu tüm eski yük istasyon alanının gelişimi için hareketlenme ve dürtücü bir güç olur.

Senatör, merkez otobüs terminalinin bu merkezi konumda gerçekleştirilmesi için ek alan edinilmesinin gerekli olduğunu belirtiyor. Mülk sahipleri ile uzun süren görüşmeler yapılmaksızın bu mümkün olmazdı. Bu yılın başında karma konsey proje üzerinde karar verecek ve daha sonra uygulama planlamasına başlanacak. Mevcut plana göre, 2018 yılı ilk yarısında gerekli inşaat hukuki belgelerinin oluşturulması süreci başlatılması ve daha sonra ayrıntılı tasarım ve onay planlamasını başlatmak olacak. Dr.Lohse, projenin iyi bir iş olduğunu görüyor ve planların halka ve kullanıcı gruplara tanıtılmasını ve ayrıca Bremen Yaşlılar Temsilciliği'nin de ayrıntılı planlamaya dahil edileceğini garanti ediyor.

Merkez otobüs terminali konusunda hakikaten bir hareketlilik varmış gibi görünüyor. Bazı hala açık idari işlemlere rağmen inşaat faaliyetlerinin çabuk ilerlemesinin gerçekleştirilmesi umulmaktadır. İyi işler zaman alırsa, Bremen merkez otobüs terminali de şimdi kentsel gelişim için büyük bir başarı olmalı. Yeterince zaman aldı ve muhtemelen hala daha da zaman alacak.

(Neues beim ZOB, DURCHBLICK 216, Januar 2018, S.3)

Yaşlılar Temsilciliği'nin 2017 yılı çalışmaları

Dr.Andreas Weichelt, Başkan

(Arşiv)

Hemen hemen tüm delegelerin düşüncelerini teyit bağlamında önceden söylemek gerekirse, Bremen Yaşlılar Temsilciliği'nin çalışmaları genel olarak çok olumlu algılanıyor.

Çalışmalar, delege toplantılarında, uzun ve kısa süreli çalışma gruplarında ve yönetimde gerçekleştiriliyor. Bunun dışında Bremen Yaşlılar Temsilciliği delegeleri kendi büroları (Obervieland) veya (Vahr ve Horn-Lehe) de olduğu gibi danışma saatleri aracılığı ile dışarıda da etkili olabilmekte. Bu çalışmalarımızın geliştirilmesi bizim gelecekteki çalışmalarımızın bir bölümü olacaktır.

2017 yılı ilk delegeler toplantısında, bizim seçim testlerimiz için siyasi temeller belirlendi ve bunun akabinde, belirli katılımcıların olduğu ikinci delegeler toplantısında bu konu tartışıldı. Basında da belirtildiği gibi güzel bir başarı oldu.

Ekim 2017 üçüncü delegeler toplantısında Yönetim Kurulu çalışmalarını sundu ve delegeler tarafından çoğunlukla onaylandı. Konuşmalardan sonra ayrıca, Dr.Mittermeier tanıtıldı. Kendisi işini devralmasından sonra, yönetim kurulu ile işbirliği kapsamında kurulda medya sözcüsü görevini üstlenmiştir.

Daha önce Ekim ayında belirtilen çalışma gruplarının çalışma raporları sonuçları etkileyici. İnşaat, konut ve ulaşım konularında üst düzey konuşmacılar, örneğin: Corinna Büğring'in '' Bremer Punktes'' ikamet şekilleri sunumu veya Profesör Glaeske'nin Bremen'de hastane mikroplarının gelişimi ve yaşlıların sağlığı üzerindeki etkisi ve bunun önemi, ayni şekilde Bayan Nowack'ın 7.

Yaşlılar Raporu ve Bernd Gosau'un çalışma grubu ''Program ve Halkla İlişkiler'' çalışmalarının geleceği kayda değer. Gelecekte bu çalışma grubu iki devamlı ''Fuarlar ve Dış gösterim'' bunun gibi ''Danışma Konseyleri ve Programlar'' ile değiştirilebilir. Ve yine benzer şekilde Yönetim Kurulu, çalışma grubu (Politika ve Sosyal) üzerinde düşünerek bunun yerine belirli konularda çalışma gruplarını alabilir. Çalışma grubu ''Statü'' bu konularda sonuç belirleyen yorum yapacaktır.

Çalışma grupları 2017 yılında yoğun olarak çalıştılar. İlk olarak çalışma grubu emeklilik konusu çalışmalarını mükemmel bir nihai rapor ile sonuçlandırdı.Çalışma grubu ''Bakım ve Yaşlılıkta Yaşam'', yaşlı ve bakım evlerinde danışma konseylerini güçlendirme önerilerini hazırlayarak 2017 yılında çalışmalarını tamamlamış ancak gelecekte yeni konularla çalışmalarına devam edecek. Çalışma grubu ''7. Yaşlılar Raporu'' Dr.Mittermeier başkanlığında daha birkaç kez bir araya gelecek, bu bağlamda görevi, yetkili mercilere sunulacak talepleri formule etmek. Çalışma grubu ''Statü'' yakın bir zamanda sonuçlandırılacak ve böylece sonuç neticeler delegelere gönderilebilecek. Çalışma grubu ''Gelecek'' Ekkehard Grimm başkanlığında daha birkaç kez toplanacak.

Yönetim kurulu üyeleri haricinde kısa ve uzun süreli çalışma gruplarına katılan delegeler: Fritz Bolte, Gerd Feller, Hans-Ulrich Janetzki, Hugo Köser, Birgit Maas, Anke Mauer, Wolfgang Reimers, Hajo Richter, Manfred Sack, Jochen Schwolow, Heidelinde Topf, Johanne Thurn. Çalışmaları için içten teşekkürler!

Yönetim Kuruluna – çok sayıda katılımlı noel kutlamalarında da olduğu gibi- çalışmaları için teşekkür ediyorum.

Karin Fricke - Başkan Vekili, sosyal yaşlı yardımı, sosyal hizmet merkezleri
Dirk Schmidtmann - Başkan Vekili,bilgilendirme etkinlikleri
Karin Markus - Tutanak, Sosyal Karma Konsey
Anna Möller - Kasa ve finans
Elke Scharff - Sağlık Karma Konseyi, Obervieland İlçe Bürosu
Zeynep Sümer - Göç ve Durchblick/ çeviri
Dietmar Stadler - İlçe çalışmaları
Ernst Benthien - İlçe çalışmaları,çalışma grubu danışma konseyleri
Bernd Gosau - Düzenleme, yeni broşür
Gerd Feller - Şef editör
Dr.Dirk Mittermeier - Medya sözcüsü

Bayan Scheuer'e büro çalışmaları için teşekkürler.

Son olarak, gizleyemeyeceğim acı bir durum : 96 delegeden %25 lik bir kısım çalışmalara aktif olarak katıldı.Toplantılara katılan ve düzenli olarak görünen delegeleri hesaba katarsak sadece %65 aktif delege mevcut. Bu çok az.

Birkaç kişi kamusal görevlerini yanlış anlıyor. Minimal sınırlı görünüm veya sadece retorik tavır üstleniyor ve bu nedenle görevleri doğru olmuyor. Danışma konseylerinde, yaşlılar politikası meselelerinin değişimi ve tersi , ilk etapta böylece engellenmiş oluyor. Değerli gönüllü yaşlı çalışmaları kayboluyor. Yönetim Kurulu'nun 2018 yılında görevi bu problemin üzerine gitmek ve çözmek.

Pek çok delege geçen görev sürelerinde mükemmel bir çalışma yaptılar. Bunun için içten teşekkürler!

Ben görevimi, öncelikle fikir vermek ve 2018 yılı çalışmalarını koordine etmek olarak görüyorum. Hepimizin birlikte gelecekteki problemleri çözebileceğimizi umuyorum.

(Die Arbeit der Seniorenvertretung in 2018, Durchblick Nr.216, Januar 2018, S.7/8)

Tercüme/Editör: Zeynep Sümer
Mit Unterstützung der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport; Referat Integration